

## Grüner Populismus

Kampf gegen die Erderwärmung: „Soziales Klima“, FR-Meinung vom 8.11.

Dankenswerterweise spricht Stephan Hebel das Thema „Soziales Klima“ an. Ich nenne das „soziale Ökologie“. Ich stelle das Problem des Klimawandels nicht infrage. Die apokalyptischen Vorstellungen und die daraus abgeleiteten Moralpredigten lehne ich ab. Die „Fahrrad-SUV“-Fahrer der grünen Mittelstandsbürger haben gut reden. Das nenne ich „Ökopopulismus“.

Wie soll ein Mindestlohneempfänger die hohen Mieten, Strom- und Gaspreise bezahlen? Wir können diesen Teil der Menschen mit geringem Einkommen nicht in den Alnatura-Laden zwingen. Die heilige Kuh der Marktwirtschaft regelt das knallhart. Wer hat, der hat und kann moralische Sprüche kloppen.

Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft muss die Grundfesten des Kapitalismus erschüttern. Die eigentliche Katastrophe ist ein Wirtschaftssystem, das nur Profitmaximierung kennt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass innerhalb dieser Weltordnung die ökologischen und sozialen Widersprüche zu lösen sein werden.

Die Wohlstandsbürger der Grünen und ihrer Wähler verschaffen sich ein gutes Gewissen, wenn sie z.B. ökologisch angebaute Avocado aus Peru kaufen. Wissen sie, dass ein Erntehelfer dort dafür am Tag 10 Euro bekommt? Und wer verdient an diesen Avocados? Internationale Agrarkonzerne. Mit ökologischem Anbau lässt sich gut Geld verdienen und Gewissenstrost verbreiten. Wissen unsere Apologeten des Elektroautos, wie viel Umweltverschmutzung die Förderung von Lithium zum Beispiel in Chile und Argentinien hervorruft? Der Lithiumabbau benötigt darüber hinaus Unmengen an Wasser, dass der heimischen Bevölkerung „geklaut“ wird. Da steht eine sozio-ökologische Katastrophe bevor. Ich nenne das „Öko-Kolonialismus“. Ein gutes Gewissen auf Kosten der „Dritten Welt“.

Ronald Koch, Frankfurt

**Diskussion:** [frblog.de/glasgow](http://frblog.de/glasgow)

### FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** spricht über die Aktualität von Karl Liebknecht mit den Politikwissenschaftlern Georg Fülberth und Gert Meyer, Anmeldungen über das Formular Anmeldung/Platzreservierung, Stream: [galatis.de/ClubVoltaire](https://www.galatis.de/ClubVoltaire)

**Montag, 22. November, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße, Frankfurt**

### ZUSCHRIFTEN ONLINE

**Alle Stimmen** dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20211115](http://frblog.de/lf-20211115)



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
[Bronski@fr.de](mailto:Bronski@fr.de) oder  
[Forum@fr.de](mailto:Forum@fr.de)

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## Scheitert die Ampel in letzter Minute?

Koalitionsverhandlungen: „Die Angst vor der politischen Infektion“, FR-Politik vom 17. November

### Das ist kein Aufbruch, sondern ein Abbruch

Der euphorische Ampel-Start kommt an die Grenzen der Realpolitik für die nächsten Jahrzehnte. Jeder Klimagipfel ist bisher gescheitert an den nicht erreichten selbstgesteckten Zielen. Worte allein helfen nicht weiter. Die hohen Transformationskosten zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft, klimaneutral in allen Sektoren, ohne fossile Energie zu schaffen in der Industrieproduktion und internationalen Lieferketten.

2045 klimaneutral ist ein politischer Traum, der an der FDP und SPD scheitert, die alle Klima-Ampeln von Grün auf Gelb und Rot gestellt haben. Die sogenannten Kompromisse, bezahlen die Bürger ganz allein, mit hohen Energiekosten und allgemeinen, unaufhaltsam steigenden Lebenshaltungskosten. Weniger Netto vom Brutto, eine Formel die an die Zeiten von 16 Jahren Groko erinnern, das ist kein Aufbruch, sondern Abbruch in eine unkalkulierbare Zukunft.

Eine Vorankündigung von Robert Habeck zeigt, die Unterschiede um den richtigen Weg, das Klimaziel von Paris zu erreichen, gerät zum Ampel-Stolperstein. Das bisher nichts über die Verhandlungen nach außen ge-

drungen ist, hat nicht nur Vorteile und hilft am Ende auch nicht darüber hinweg, dass gemeinsames Regieren jeden Kompromiss rechtfertigen kann.

Thomas Bartsch-Hauschild, Hamburg

### Phrasen bringen uns nicht weiter

Vor rund zwei Wochen haben Herr Lindner und seine zukünftigen Partner verkündet, mit ihnen wird es keine Corona-Einschränkungen mehr geben. Nun wurde vor gut einer Woche ein „Zukunftspapier“ für Corona vorgelegt, das bereits einige Tage später schon wieder „nachgeschärft“ werden musste. Wenn das die Politik sein soll, die von den Herren als „Zukunftspolitik“ bezeichnet wird, dann gute Nacht. Schlagworte, Phrasen bringen uns nicht weiter! Stellen wir uns auf schwierige Zeiten mit der neuen Regierung ein.

Wolfgang Brillisauer, Hofheim / Ts

### Die kleinste Partei setzt ihre roten Linien durch

Angesichts dessen, was aus den Koalitionsverhandlungen an die Öffentlichkeit gelangt, frage ich mich, ob es dem Wählerwillen entspricht, wenn die kleinste der drei Parteien ihre „roten Linien“ durchsetzen kann, Umwelt-

schutz, Tempolimit etc. Oder glaubt wirklich jemand, dass Herr Lindner es sich leisten kann, ein zweites mal zu sagen, lieber gar nicht regieren als falsch zu regieren? Würden sich daraus Neuwahlen ergeben, es ginge es ihr vermutlich wieder schon den C-Parteien.

Annegret Benz, Hamburg

### Das Tempolimit muss zwingend kommen

In dem Interview mit dem Umweltmediziner Markus Dettendorfer („Ein Tempolimit hilft den Kliniken gerade in Corona-Zeiten“, FR-Politik vom 17.11.) ist überzeugend dargestellt, warum es, entgegen der FDP, zwingend zu einem Tempolimit auf Autobahnen kommen muss. Danke dafür!

Sollte sich trotzdem in der neuen Koalitionsregierung die Position der FDP durchsetzen, wodurch dann weiterhin ein Tempolimit anstelle des Tempolimits bleibt, dann müsste in jeder Bundestagssitzung ein neuer Cato sein „Cetero censeo“ ausrufen: „FDP weg! – Tempolimit her!“ Auch in den kommenden Landtagswahlkämpfen müsste diese Lösung hörbar werden. Hartwig Hohnsbein, Göttingen

**Diskussion:** [frblog.de/koalition-2021](http://frblog.de/koalition-2021)

## Der größte Impfverweigerer ist heute der Staat

Impfpflicht oder nicht? Zu: „Streit, aber keine Lösung“ und „Schnell handeln“, FR-Meinung vom 15. und 16.11., und „Spalterische Angst“, FR-Meinung vom 5.11.

### Vorsorgendes und solidarisches Verhalten

Wer heute von einem Eingriff in die persönliche Entscheidungsfreiheit spricht, wenn es um die Corona-Impfung geht, der sollte mal überlegen wie es um ihn stünde, wenn es in seiner Jugend nicht die Dreifach- oder Fünffach-Schutzimpfung gegeben hätte oder später die Schluckimpfung gegen Kinderlähmung.

Dass es keine menschliche Maßnahme gibt, die ohne jede Nebenwirkung und gewisse Risiken ist, spricht nicht gegen die Schutzimpfung. Die Risiken der Impfung sind minimal im Vergleich zum Nutzen, was man an der Belegung der Intensivstationen sehen kann. Mehr als drei Viertel dieser Patienten sind ungeimpft, und die Patienten, die trotz der Impfung schwer erkrankt sind, hatten schon meist Vorerkrankungen, die eventuell gegen eine Impfung sprachen. Sie haben aber das Risiko auf sich genommen.

Wer also meint, es sei seine persönliche Entscheidung, ob er sich impfen lässt, obwohl nichts gegen eine Impfung spricht, dadurch aber die Solidargemeinschaft gefährdet, der sollte dann auch selber die entstehenden Kosten übernehmen, wenn er erkrankt. Er darf dann nicht von der Solidargemeinschaft verlangen, dass diese die Kosten für seine Behandlung übernimmt, nachdem er vorher diese Gemeinschaft durch sein Verhalten gefährdet hat.

Wer sich wegen medizinischer Gründe nicht impfen lassen kann, sollte weiterhin den PCR-Test kostenlos erhalten. Die sturen Impgegner jedoch sollten die regelmäßigen Tests selber bezahlen, die Selbsttests sind da nicht ausreichend und vor allen Dingen sind sie nicht kontrollierbar, ob wirklich richtig durchgeführt und zu welchem Zeitpunkt. Die 2G-Regel oder auch die 3G-Regel sind das Mindeste, was man verlangen kann, um endlich der Pandemie Herr zu werden. Es ist keine Diskriminierung der Ungeimpften, wenn Geimpften und Genesenen mehr Freiheiten gewährt werden, da sie nach bestem Wissen und Gewissen vorgesorgt und sich solidarisch verhalten haben.

Karl-Wolfgang Kaiser, Frankfurt

### Eine Kultur des Diskurses

Pamela Dörhöfer sei Dank für diesen ausgewogenen Kommentar! Sie rückt nicht nur einige der immer noch verbreiteten Irrtümer über die Wirkung des Impfens und den Sinn mancher Anti-Corona-Maßnahmen zurecht, sondern vor allem wirbt sie sehr überzeugend dafür, zu einem rationalen Diskurs zurückzukehren. Es ist erschreckend, wie Menschen mit „abweichenden“, aber begründeten Meinungen in unserer Gesellschaft abgekanzelt und für dumm, rechtsradikal oder böse erklärt werden. Da tut ein Aufruf zum Diskurs gut. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass

Menschen, die Daten unterschiedlich interpretieren, einander zuhören und miteinander im Gespräch bleiben. Das gilt im Übrigen nicht nur für das Thema Corona, sondern ebenso für den Klimaschutz, die Gender-Thematik, den Umgang mit Rassismus und Diversität und manches andere mehr. Eine „Cancel Culture“ ist keine Kultur des Miteinanders, sondern der Rechthaberei und Ausgrenzung. Ich freue mich, dass die FR immer wieder mal die Kultur des Diskurses aufrecht erhält. Thomas Bastar, Hamburg

### Tragödie von nationaler Tragweite

Eine staatlich exekutierte Politik akuter Gesundheitsgefährdung von Menschen, die in Zeiten einer „epidemischen Lage nationaler Tragweite“ in besonderem Maße auf den Schutz durch ihren Staat angewiesen sind, geht in die vierte Runde. Mit Hilfe unkritischer Medienvertreter:innen verkaufen unsere Regierungen und Parlamente nach fast zwei Jahren Pandemieerfahrung noch immer ihr brandgefährliches Kalkül der Verantwortungsdiffusion als „Strategie“. Wer diese beiden zentralen Organe unseres demokratischen Gemeinwesens hat vertrauensvoll gewähren lassen, kann über die aktuelle Entwicklung der Pandemie und deren Wahrnehmung nur ungläubig staunen.

Die mit großem Pathos geführte Diskussion über Impfpflicht und Impfverweigerer erfüllt eine für unser demokrati-

sches Betriebssystem virale Funktion: Sie lenkt ab von einem in seiner Dimension vermutlich beispiellosen staatlichen Verwaltungsversagen, das nunmehr auch die Impfwilligen trifft: Wer sich impfen lassen will, kann sich seit Wochen nicht impfen lassen! Genesene Impfwillige – insbesondere mit Erstimpfung vor Infektion – werden über Nacht Impfverweigerern gleichgestellt. Der größte Impfverweigerer ist heute der Staat!

Engagierte und vereinte Kräfte aus der Zivilgesellschaft, die sich in überlasteten Hausarztpraxen und dilettantisch organisierten „Impfaktionen“ im lokalen Raum rührend um den Schutz der Bevölkerung kümmern, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die staatlichen Gesundheitsämter noch immer überfordert sind, die staatlich mobilisierten Impfteams noch immer chronisch unterbesetzt, die staatlichen Impfzentren noch immer geschlossen, eine staatliche Impfkampagne noch immer nicht gestartet, und die für die staatliche Handlungsfähigkeit zuständigen Akteure mit der Gesundheit und dem Funktionsvertrauen ihrer Bürger:innen zocken. Eine immerhin noch demokratisch legitimierte Regierung inszeniert ihr situatives Improvisationstheater zur Primetime der Pandemie als Dauerschleife. Nur ein Trauerspiel oder bereits eine Tragödie nationaler Tragweite?

Markus Bultmann, Freiburg

**Diskussion:** [frblog.de/impfangst](http://frblog.de/impfangst)